

A N T R A G

Neufassung zu Drucksache 22/17396

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Krzysztof Walczak,
Marco Schulz, Thomas Reich und Detlef Ehlebracht (AfD) vom 07.01.2025**

Betr.: Stoppt den Parkplatzabbau – für eine verlässliche Parkraumstrategie und die Förderung des Autos als Teil der Mobilität in Hamburg

In Hamburg steigt die Zahl der zugelassenen Fahrzeuge kontinuierlich, doch gleichzeitig werden durch die Verkehrspolitik des Senats immer mehr Parkplätze abgebaut. In den Jahren 2023 und 2024 sind insgesamt 1.733 Stellflächen verloren gegangen, ohne dass ein tragfähiges Ersatzkonzept präsentiert wurde. Besonders betroffen sind Stadtteile mit hoher Verkehrsdichte, in denen die Parkplatzsuche für Anwohner, Gewerbetreibende und Besucher zur täglichen Herausforderung wird.

Diese einseitige Verkehrspolitik benachteiligt insbesondere Menschen, die auf das Auto angewiesen sind – sei es aus beruflichen, familiären oder gesundheitlichen Gründen. Eine moderne Mobilitätsstrategie muss dem motorisierten Individualverkehr gerecht werden und diesen nicht aus ideologischen Gründen zurückdrängen. Dabei ist sicherzustellen, dass auch Autos mit Verbrennungsmotoren in die Mobilitätsinfrastruktur einbezogen werden. Diese Fahrzeuge sind weiterhin ein wesentlicher Bestandteil der Mobilität, insbesondere in ländlichen und suburbanen Gebieten, wo alternative Angebote oft unzureichend sind. Ein ganzheitlicher Ansatz muss daher die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigen.

Der Abbau von Parkraum verstößt gegen die Verpflichtung des Staates, im Rahmen der Daseinsvorsorge eine angemessene Verkehrsinfrastruktur zu gewährleisten (Art. 20 Abs. 1 GG). Zudem verletzt die einseitige Bevorzugung bestimmter Verkehrsmittel den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, da sie die berechtigten Interessen von Autofahrern unberücksichtigt lässt.

Die AfD-Fraktion fordert daher eine sofortige Neuausrichtung der Verkehrspolitik, die den Bedürfnissen aller Hamburgerinnen und Hamburger Rechnung trägt und eine verlässliche Parkraumstrategie beinhaltet.

Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg möge beschließen:

1. Den Abbau von Parkplätzen stoppen:

Der Senat wird aufgefordert, den weiteren Abbau von Parkplätzen in Hamburg unverzüglich auszusetzen, bis eine umfassende Evaluierung der Auswirkungen auf Anwohner, Gewerbetreibende und den innerstädtischen Verkehr vorliegt.

2. Neue Parkplätze schaffen:

Der Senat wird beauftragt, ein Konzept zur Schaffung zusätzlicher Parkplätze zu erarbeiten und umzusetzen. Insbesondere sollen in Wohn- und Geschäftsvierteln neue Parkmöglichkeiten geschaffen werden.

3. Innovative Parkraumkonzepte fördern:

a) Der Ausbau von Parkhäusern und Tiefgaragen ist voranzutreiben, um den Parkraum effizienter zu nutzen.

b) Digitale Parkleitsysteme und dynamische Preisgestaltungen sollen eingeführt werden, um eine optimale Auslastung vorhandener Stellflächen zu gewährleisten.

4. Mobilitäts-Hubs einrichten:

Der Senat wird aufgefordert, weitere Mobilitäts-Hubs zu planen und umzusetzen. Diese sollen klassische Parkplätze für Autos mit Verbrennungsmotoren mit Ladestationen für Elektroautos, Abstellflächen für Fahrräder und Carsharing-Angeboten kombinieren. Ziel ist es, eine moderne und integrierte Mobilitätsinfrastruktur zu schaffen, die den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht wird.

5. Das Auto in die Mobilitätsstrategie integrieren:

Der Senat wird aufgefordert, den motorisierten Individualverkehr als wesentlichen Bestandteil der Mobilitätsstrategie Hamburgs anzuerkennen und entsprechende Maßnahmen zur Förderung und Entlastung der Autofahrer zu entwickeln.

6. Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sicherstellen:

Bei der Entwicklung einer neuen Parkraumstrategie ist eine breite Beteiligung der Hamburger Bevölkerung und der Bezirke sicherzustellen.

7. Berichtspflicht einführen:

Der Senat wird verpflichtet, dem Verkehrsausschuss der Bürgerschaft bis zum 30. Juni 2025 über den Fortschritt der Maßnahmen und die erzielten Ergebnisse zu berichten.

**BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG**
22. Wahlperiode

Drucksache **22/**
xx.xx.2020